zvei
electrifying ideas

MISSION POSSIBLE

5 Punkte für die Zukunft des Europäischen Produktionsstandorts

Verband der Elektro- und Digitalindustrie

Deutschlands bisheriges industrielles Erfolgsmodell steht auf dem Spiel

Das industrielle Erfolgsmodell Europas beruht auf offenen Märkten, technologischer Stärke und einer wettbewerbsfähigen Industrie. Doch die Spielregeln des globalen Wettbewerbs haben sich grundlegend verändert. Staatliche Industriepolitik, geopolitische Konflikte und der Wettlauf um Schlüsseltechnologien verschärfen den Standortwettbewerb, während sich die Rahmenbedingungen in Europa zunehmend verschlechtern:

Der Industriestandort verliert an Investitions- und Erneuerungsdynamik: Seit 2019 gingen 341.500 Industriearbeitsplätze in Deutschland verloren. Laut aktueller Umfrage nennen 76 Prozent der Unternehmen zu hohe Personalkosten als Hauptgrund für einen geplanten Stellenabbau an deutschen Standorten. Zugleich planen Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland, in den kommenden fünf Jahren rund 60 Prozent ihrer Investitionen im Ausland einzusetzen; 18 Prozent dieses Budgets sollen nach Nordamerika, 14 Prozent nach China fließen (Horvath, 2026). Damit droht nicht nur der weitere Verlust von Beschäftigung, sondern eine schrittweise Verlagerung von Innovationskraft, Wertschöpfung und industriellen Ökosystemen ins Ausland.

Hohe Abgaben und schwache Produktivitätsentwicklung verteuern den Faktor Arbeit: Der Steuer- und Abgabenteil inklusive Arbeitgeberanteil für alleinstehende Durchschnittsverdienende lag 2025 in Deutschland bei 49 Prozent und damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 35 Prozent. Haupttreiber sind die hohen und weiter steigenden Sozialversicherungsbeiträge, deren Druck bedingt durch anwachsende Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege weiter zunimmt. Die hohen Arbeitskosten treffen auf eine schwache Produktivitätsentwicklung und ein sinkendes Arbeitsvolumen. Die Folge sind steigende Lohnstückkosten, die im verarbeitenden Gewerbe inzwischen rund 15 Prozent über dem Durchschnitt der übrigen Eurozone liegen. Dauerhaft lässt sich dieser Trend nur mit strikter Ausgabendisziplin in allen Zweigen der Sozialversicherung, massiven Produktivitätssprüngen, Investitionen in Digitalisierung und Innovation sowie schnelleren Skalierungsprozessen umkehren.

Bürokratie und komplexer Vollzug binden produktive Ressourcen: Allein die Berichts- und Dokumentationspflichten der Bundesgesetzgebung umfassen nach Berechnungen des Instituts der Wirtschaft (IW) rund 100.000 Einzelbestimmungen und verursachen laufende Kosten von jährlich etwa 64 Milliarden Euro. Nicht erfasst sind dabei direkt geltendes EU-Recht, Landes- und Kommunalrecht sowie weitere Erfüllungs- und Umstellungskosten. Notwendig sind deshalb ein konsequenter Abbau des Bestands, die Vermeidung nationaler Übererfüllung von EU-Vorgaben („Gold Plating") und eine verbindliche Belastungsbilanz für Informations- und Dokumentationspflichten.

Tech-Industrien als Wachstumstreiber: Der Schlüssel liegt in einer strategischen Industriepolitik

Die zentrale Herausforderung liegt jedoch nicht allein in einzelnen Standortnachteilen wie hohen Arbeitskosten oder enormer Bürokratie, sondern darin, dass es Europa bislang an einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung fehlt, um in einer Welt systemischer Konkurrenz technologische Führungspositionen zu sichern, Zukunftsmärkte zu erschließen und industrielle Skalierung in Europa in der Breite voranzutreiben.

Seit 2010 haben China, die USA und die Europäische Union ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) deutlich erhöht. Dabei haben China und die USA inzwischen eine neue Investitionsdimension erreicht: 2024 investierten beide erstmals jeweils mehr als 1 Billion US-Dollar (PPP), während die Europäische Union auf rund 600 Milliarden US-Dollar kam (OECD, 2026). Flankiert durch eine konsequente Industriepolitik und die strategische Fokussierung auf Schlüsseltechnologien konnten die USA und China Zukunftsmärkte frühzeitig besetzen, technologische Führungspositionen aufbauen und ihre Marktanteile deutlich ausweiten. Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre unterstreicht diese Dynamik: Zwischen 2010 und 2025 wuchs das nominale BIP der USA um mehr als 100 Prozent, das Chinas über 200 Prozent, während die Europäische Union mit einem Wachstum von rund 60 Prozent deutlich zurückblieb (World Bank, 2026).

Um diese Entwicklung umzukehren und Europas industrielle Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, ist ein neuer industriepolitischen Ordnungsrahmen notwendig. Der aktuelle Entwurf des EU Chips Act ist ein gelungenes Beispiel einer strategischen Industriepolitik, die technologische Prioritäten mit einer gezielten Stärkung industrieller Wertschöpfung verbindet. Durch die Bündelung öffentlicher und privater Investitionen sowie die systematische Verknüpfung von industrieller Nachfrage und Skalierungsinstrumenten schafft er die Voraussetzungen für wettbewerbsfähige industrielle Ökosysteme und eine nachhaltige Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie. Diese Logik muss zum Leitprinzip deutscher und europäischer Industriepolitik werden.

Europa soll zu einem der weltweit attraktivsten Standorte für die Entwicklung, Industrialisierung und Skalierung von Hightech-Produkten werden. Dafür muss Europa seine technologischen Stärken schneller zur Marktreife und in industrielle Anwendungen bringen, seine innovativen Produkte schneller in neue Märkte und damit in zusätzliche Wertschöpfung übersetzen. **Jetzt gilt es zu handeln: Ziel ist hierbei nicht nur die Bewahrung bestehender Strukturen, sondern die gezielte Weiterentwicklung industrieller Stärken, der Aufbau neuer strategischer Kompetenzen und das Schließen kritischer Lücken in den Wertschöpfungsketten der Zukunft.** Die folgenden fünf Punkte zeigen, wie Deutschland und Europa Standortnachteile abbauen, Hightech-Potenziale entfesseln und eine neue industrielle Wachstumsphase einleiten können.

1 Hightech-Potenziale für die Zukunft entfesseln

Die industrielle Wertschöpfung der Zukunft entsteht in strategischen Technologiefeldern: Elektrifizierung, industrielle KI, Automation und Robotik, Mikroelektronik, digitale Infrastruktur, Batterie- und Energietechnik, Medizintechnik sowie Sicherheits- und Verteidigungstechnologien zählen zu den größten Wachstumsmärkten der kommenden Jahrzehnte. Entscheidend ist: Wer diese Technologien entwickelt, produziert und skaliert, sichert künftig Wertschöpfung, Innovation und hochwertige Beschäftigung.

Elektro- und Digitalindustrie mit größtem Wertschöpfungspotenzial

- **Die Elektro- und Digitalindustrie ist der zentrale Enabler dieser Entwicklung**: Als zweitgrößte Industriebranche Deutschlands liefert sie die Technologien und Komponenten für nahezu alle Zukunftsfelder – von Halbleitern und Leistungselektronik über Automatisierung und industrielle KI bis hin zu digitaler Infrastruktur.
- **Das Wachstumspotenzial ist einzigartig:** Nach Berechnungen von IW Consult kann die Wertschöpfung der Elektro- und Digitalindustrie in den Zukunftsmärkten bis 2035 auf rund 182 Milliarden Euro steigen – nahezu eine Verdopplung gegenüber heute.
- **Die Elektro- und Digitalindustrie steuert stark zum aktuellen Export-Aufschwung Deutschlands bei:** Die jüngste Aufwärtsrevision der BIP-Prognose für 2026 von 0,6 auf 1,3 Prozent und für 2027 von 0,9 auf 1,1 Prozent in der Gemeinschaftsdiagnose wird maßgeblich von der starken Exportentwicklung getragen. Allein die heimische Elektro- und Digitalindustrie hat ihre Exporte in die EU von Januar bis Juli 2026 um 17 Prozent steigern können. Zugleich treibt der weltweite Ausbau von Rechenzentren im Zuge der Künstlichen Intelligenz die Nachfrage nach Elektronik, Datenverarbeitung und digitaler Infrastruktur. Die Entwicklung zeigt: Zukunftstechnologien sind bereits heute ein konkreter Wachstumstreiber und bieten erhebliche Potenziale für zusätzliche Wertschöpfung in Deutschland und Europa.

Mikroelektronik als zentraler Hebel für die Wertschöpfung

- **Halbleiter sind unverzichtbar für Europas industrielle Wertschöpfung:** Die von der europäischen Industrie ausgelöste Halbleiternachfrage wächst bis 2040 um den Faktor 2,4. Insbesondere die Automobilindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau, die Energietechnik, Rechenzentren und die Gesundheitswirtschaft benötigen einen verlässlichen Zugang zu leistungsfähiger Mikroelektronik (ZVEI/FME, 2026).
- **Europäische Schlüsseltechnologien in Zukunftsmärkte übersetzen:** Europas Kompetenzen in Mikroelektronik, Sensorik und Photonik schaffen gemeinsam mit starken Anwenderindustrien eine gute Ausgangsposition für Wachstum in industrieller KI, Automatisierung und weiteren Hightech-Märkten. Der Chips Act 2.0 sollte deshalb nicht nur einzelne Chiptechnologien fördern, sondern auch deren Integration und industrielle Skalierung in konkreten Anwendungen stärken.
- **Investitionen in Mikroelektronik schaffen hohe wirtschaftliche Renditen:** Die vorgesehenen 21,4 Milliarden Euro EU-Förderung (Chips Act inkl. IPCEIs) können jährlich rund 33 Milliarden Euro zusätzliche Wertschöpfung, 65.000 Arbeitsplätze und acht Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Der erwartete Return-on-Invest liegt bei 30-40 Prozent pro Jahr im Vollbetrieb (Strategy &, 2025).
- **Europa verliert im Halbleiter-Wettlauf weiter an Boden:** Während sich die bestätigten laufenden Halbleiterinvestitionen in den USA auf mehr als 420 Milliarden Euro und in China auf mehr als 400 Milliarden Euro summieren, erreichen die EU-27 lediglich mehr als 63 Milliarden Euro. Die Wettbewerber investieren damit jeweils mehr als sechsmal so viel wie Europa (DECISION Études & Conseil/ICOS, 2025)

- **Strategische Abhängigkeiten haben reale wirtschaftliche Folgen:** Mikroelektronik wird zunehmend als Macht und Druckmittel eingesetzt – etwa durch Exportkontrollen, Investitionsbeschränkungen und die gezielte Steuerung von Lieferketten. Welche realwirtschaftlichen Folgen Versorgungsengpässe haben, zeigte die Chip-Krise 2021-2023: Allein in Deutschland verursachte sie einen geschätzten BIP-Schaden von 102 Milliarden Euro. Europa muss deshalb kritische Abhängigkeiten entlang der elektronischen Wertschöpfungskette – von kritischen Rohstoffen über Halbleiter und Leiterplatten bis zur Elektronikfertigung – reduzieren und eigene technologische Kompetenzen sowie Produktionskapazitäten stärken.

Batterietechnik: Weltklasse in der Grundlagenforschung – blockiert bei der Skalierung

- **Batterien sind Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts:** Die Nachfrage steigt kontinuierlich. Der Batterieweltmarkt wächst seit fünf Jahren um durchschnittlich über 40 Prozent pro Jahr. Die Produktion in Deutschland ist im Jahr 2025 auf acht Milliarden Euro gestiegen (+11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr).
- **Der Markt wächst – Deutschland verliert die Wertschöpfung:** Deutschland importierte 2025 Batterien im Wert von 22 Milliarden Euro, davon rund 60 Prozent aus China. Den gesamten Importen von 22 Milliarden Euro stehen lediglich Exporte von 7,8 Milliarden Euro gegenüber. Damit importierte Deutschland 2025 wertmäßig annähernd dreimal so viele Batterien, wie im Inland produziert wurden.
- **Europa bleibt bei Lithium-Ionen-Batterien strategisch abhängig:** Kritische Lieferketten liegen überwiegend in Asien – mit Risiken für Rechenzentren, Energieversorgung, Mobilität und Verteidigung.
- **Weltmarkt und Nachfrage steigen – jetzt muss die heimische Skalierung folgen:** Hightech Agenda, Reformprogramm der Bundesregierung, Speicherstrategie und der Industrial Accelerator Act der EU setzen die richtigen Impulse. Jetzt müssen Forschungserfolge in industrielle Produktion, Skalierung und Wertschöpfung in Europa überführt werden.
- **Das 40 Prozent-Ziel des Net Zero Industry Act jetzt mit Leben füllen:** Wettbewerbsfähige Strompreise, Investitionsanreize bei Investitionen und Förderinstrumente für den Hochlauf bei der Zellproduktion schaffen, damit bis 2030 mindestens 40 Prozent des europäischen Batteriezellbedarfs aus eigener Produktion gedeckt werden.
- **Strategische Versorgungssicherheit stärken:** Für kritische Sektoren und Infrastrukturen muss die Versorgung mit Batterien resilienter werden. Dafür muss ein regulatorischer Rahmen entwickelt werden, der „Made with Europe“ bei öffentlichen und kritischen Anwendungen stärkt – ohne Marktabschottung und unter Einbeziehung von Joint Ventures mit EU-/deutscher Mehrheitsbeteiligung.

2 Industrielle KI als neues Wachstumsfeld

Anwendung industrieller KI wettbewerbsfähig machen

- **Industrielle KI ist einer der größten Wachstumsmärkte der kommenden Jahre:** Das Marktvolumen industrieller KI-Anwendungen und -Services beträgt bereits heute bis zu 52 Milliarden Euro und könnte bis 2035 auf rund 380 Milliarden Euro anwachsen (IW, 2025).
- **Deutschland und Europa haben einen entscheidenden Vorteil:** eine starke industrielle Basis. Entscheidend ist jetzt, KI schnell aus der Forschung in die reale Produktion zu bringen und in industrielle Prozesse, Maschinen und Wertschöpfungsketten zu integrieren.
- **Der regulatorische Rahmen entscheidet über den Erfolg:** AI Act, Data Act und Cyber-Regulierung müssen Innovation ermöglichen und industrielle KI-Anwendungen beschleunigen – statt durch zusätzliche Komplexität und Rechtsunsicherheit den Einsatz neuer Technologien auszubremsen.
  - **AI Act:** Die Ausnahme der Maschinenverordnung aus dem Anwendungsbereich des AI Acts war ein wichtiger Schritt, um Doppelregulierung und zusätzliche Rechtsunsicherheit zu vermeiden. Dieser Ansatz muss konsequent auf weitere sektorspezifische Regelwerke wie die Medizinprodukte-Verordnung übertragen werden. Regulierung muss mit der technologischen Entwicklung Schritt halten und darf Innovation nicht bereits in der Entstehungsphase behindern. Wer Innovationen überreguliert, bevor sich in der Praxis zeigt, wie sich Technologien entwickeln, nimmt ihnen die Luft zum Atmen.
  - **Data Act:** Hersteller müssen weiterhin die Hoheit über ihre Daten haben. Die Verpflichtung, Kunden und ggf. Wettbewerbern Daten offenzulegen, die wertvolles Domain-Know-How enthalten und die es braucht, um industrielle KI-Modelle weiterzuentwickeln, widerspricht dem Schutz geistigen Eigentums und hat vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage drastische negative Auswirkungen.
  - **CRA:** Jedes vernetzte Produkt, das in der EU in Verkehr gebracht wird, muss künftig die Verpflichtungen des CRA (Cyber Resilience Acts) erfüllen. Bis 2030 werden rund 7 Milliarden Produkte betroffen sein. Dabei gibt es einen erheblichen Nachteil für Komponenten, die in der EU zu einem Produkt verbaut werden und CRA-konform sein müssen. Komponenten, die außerhalb der EU zu einem Produkt verbaut werden, benötigen keinen Einzelnachweis. Das führt zu enormen Kosten für Hersteller in der EU (laut Umfrage in der Elektro- und Digitalindustrie rund 1,4 Prozent des Jahresumsatzes) und einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit. Vereinfachte Dokumentationspflichten würden hier entlasten und knapp verfügbare Kapazitäten entbinden. Zudem sind Ausnahmen für technisch unkritische Produkte notwendig.

Elektro- und Digitalindustrie als Rückgrat digitaler Infrastruktur

- **Rechenzentren werden zur strategischen Infrastruktur der digitalen Wirtschaft:** Der weltweite Bedarf an Rechenzentrumskapazitäten wächst durch Künstliche Intelligenz, Cloud-Anwendungen und datengetriebene Geschäftsmodelle rasant.
- **Die Wertschöpfung dahinter entsteht zu großen Teilen in der Elektro- und Digitalindustrie:** Bis zu 80 Prozent der Wertschöpfung moderner Rechenzentren entfallen auf Komponenten der Branche – von Halbleitern und Leistungselektronik über Kabelsysteme bis hin zu Kühl- und Sicherheitstechnik.
- **Digitale Souveränität entsteht durch industrielle Kompetenz:** Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und technologische Unabhängigkeit Europas hängen daher unmittelbar von einer starken industriellen Basis in Deutschland und Europa ab.

3 Wettbewerbsfähigkeit drastisch erhöhen

Arbeitskosten senken und Arbeitsmarkt flexibilisieren

- **Die Arbeitskosten zählen zu den größten Standortnachteilen der deutschen Industrie:** In der Elektro- und Digitalindustrie liegen die Arbeitskosten mehr als 10 Prozent über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (53,70 Euro je Arbeitsstunde).
- **Flexibilität für Unternehmen und Sicherheit für Beschäftigte sind kein Gegensatz:** Um die Innovationskraft in Deutschland zu stärken bedarf es mehr Flexibilität. Restrukturierungen kosten Unternehmen in Deutschland durchschnittlich 31 Monatsgehälter – in Flexicurity-Ländern wie Dänemark oder der Schweiz nur 2 bis 10 Monatsgehälter. Dänemark zeigt: Mehr Flexibilität erhöht die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen, während eine starke soziale Absicherung sowie individuelle Weiterbildungs- und Vermittlungsangebote den Beschäftigten Sicherheit geben. Nur mit ausreichend Flexibilität am Arbeitsmarkt kann der Strukturwandel erfolgreich gelingen. Die Reform zur Auflösung von Arbeitsverhältnissen bei Spitzenverdienern ist ein richtiger Schritt – die angesetzte Einkommensgrenze von 177.000 Euro pro Jahr bleibt jedoch zu hoch. Sie betrifft derzeit nur ca. 2 Prozent der Vollzeitbeschäftigten.
- **Arbeitsvolumen erhöhen, Wachstum stärken:** Eine moderne 40-Stunden-Woche darf nicht an starren Vorgaben, unzureichenden Betreuungsangeboten und falschen Anreizstrukturen scheitern. Es braucht flexiblere Arbeitszeitregelungen mit einer Umstellung von der täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit sowie eine verlässliche Kinderbetreuung. Gleichzeitig müssen Arbeitsanreize im Einkommenssteuersystem gestärkt und Fehlanreize zur Frühverrentung abgebaut werden.
- **Auch die Rente darf Arbeit nicht weiter verteuern:** Der Aufbau einer kapitalgedeckten Säule ist richtig und zukunftsweisend. Zusätzliche Belastungen des Faktors Arbeit durch eine Erhöhung des Beitragssatzes von zwei Prozentpunkten sind jedoch der falsche Weg. Vorbild sollte Schweden sein: Der Kapitalaufbau erfolgt hier aus bestehenden Beiträgen statt durch zusätzliche Belastung des Faktors Arbeit.

Deutschland braucht mehr produktive Arbeitsleistung – nicht weniger Arbeitsvolumen

- **Mehr Beschäftigte bedeuten nicht automatisch mehr Arbeitsvolumen:** Trotz 43.000 zusätzlicher Beschäftigter in der Elektro- und Digitalindustrie (seit 2011) liegt das Arbeitsvolumen heute 2 Prozent unter dem Niveau von 2011.
- **Die durchschnittliche Arbeitszeit sinkt:** Die branchenweite Arbeitszeit je Beschäftigten ist seit 2011 um rund 7 Prozent zurückgegangen. Ausgehend von einer 40-Stunden-Woche entspricht der Rückgang einer durchschnittlichen Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit von rund 2 Stunden und 40 Minuten
- **Angesichts des demografischen Wandels braucht Deutschland mehr Produktivität:** Wachstum entsteht künftig nicht durch mehr Köpfe, sondern durch bessere Nutzung vorhandener Arbeitskraft.
- **KI, Automatisierung und Digitalisierung bieten erhebliche Potenziale:** Rund 70 Prozent der Tätigkeiten können produktiver gestaltet werden; bis 2030 sind Produktivitätszuwächse von bis zu 3 Prozent pro Jahr möglich.
- **Dabei geht es nicht um Arbeitsplatzabbau, sondern um Aufwertung von Arbeit:** Technologie soll Beschäftigte unterstützen, Tätigkeiten effizienter machen und neue Wertschöpfung ermöglichen.

4 Unfairem Wettbewerb klar entgegentreten

Europa erfährt zweiten China-Schock

- **China baut seine industrielle Dominanz weiter aus:** Bereits heute entfallen knapp die Hälfte der weltweiten Elektro- und Digitalproduktion auf China. Gleichzeitig ist der Produktionsanteil der EU seit dem Jahr 2000 von 15 auf 10 Prozent gesunken. Auch die Marktverhältnisse werden von China geprägt. Das Land hat 37 Prozent des globalen Elektromarktes (von insgesamt 6.000 Milliarden Euro) inne, die EU nur 12 Prozent.
- **Die Folgen sind deutlich:** Die traditionell exportstarke deutsche Elektro- und Digitalindustrie rutschte 2022 erstmals in einen Importüberschuss – eine Entwicklung, die anhält. So überstiegen auch 2025 die Importe mit 275 Milliarden Euro die Exporte von 257 Milliarden Euro. Das Defizit im deutschen Elektrohandel mit der übrigen Welt rührt dabei allein aus dem bilateralen Handel mit China. Hier standen sich 2025 Exporte von 24 und Importe von 83 Milliarden Euro gegenüber.
- **Noch gravierender ist die Schieflage auf EU-Ebene:** Die EU importierte 2024 allein aus China rund sechsmal so viele Elektro- und Digitalgüter (260 Mrd. Euro), wie sie dorthin exportierte (42 Mrd. Euro). Im Handel mit den USA verzeichnete die EU dagegen einen Exportüberschuss von 25 Milliarden Euro.
- **China baut industrielle Marktanteile mit massiver staatlicher Unterstützung aus:** Chinesische Industrieunternehmen erhalten durchschnittlich über alle Sektoren hinweg drei- bis achtmal höhere staatliche Subventionen, direkt oder indirekt, als Unternehmen in OECD-Staaten. Laut OECD gehen rund 60 Prozent der Marktanteilsgewinne chinesischer Unternehmen der letzten Jahre auf staatliche Fördermaßnahmen zurück.[1] Damit baut China ein Ökosystem auf, das Folgeinvestitionen, Innovationen und Abhängigkeiten erzeugt.

Selbst ein wettbewerbsfähiges Europa braucht Fairness

- **Freier Handel braucht faire Wettbewerbsbedingungen:** Chinas staatlich induzierte Überkapazitäten bringen die europäischen Anti-Dumping-, Anti-Subventions- und Schutzinstrumente zunehmend an ihre Grenzen.
- **Handelsschutz schlagkräftiger machen:** Mehr Personal und schnellere Verfahren in den zuständigen EU-Behörden, damit Wettbewerbsverzerrungen wirksam begegnet werden kann.
- **Beweislast umkehren und Ausgleichszölle konsequent anwenden:** Bei systematischen Wettbewerbsverzerrungen muss der Verursacher nachweisen, dass keine unfaire Subventionierung oder Marktverzerrung vorliegt – nicht die EU jeden Einzelfall. Ausgleichszölle müssen den tatsächlichen Wettbewerbsvorteil staatlicher Subventionen ausgleichen.
- **Unfairer Wettbewerb geht über Subventionen hinaus:** Neben staatlichen Förderungen verschafft auch die Unterbewertung des Renminbi chinesischen Exporteuren Preisvorteile von zweitweise deutlich über 10 Prozent. Handelsschutzinstrumente müssen solche strukturellen Wettbewerbsverzerrungen stärker berücksichtigen.
- **Allianz für fairen Wettbewerb aufbauen:** Europa muss gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern gegen Monopolisierung, Überkapazitäten und unfaire Handelspraktiken vorgehen.

[1] OECD (2026) OECD MAGIC Database of Industrial Subsidies, S. 15, URL (eingesehen am 20.10.2026): https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2026/05/oecd-magic-database-of-industrial-subsidies_3d51d749/ce94f33b-en.pdf

Industrial Accelerator Act wirksam ausgestalten und zügig verabschieden

- **Wo öffentliche Mittel, Public Procurement oder Fördermaßnahmen eingesetzt werden, muss europäische Wertschöpfung entstehen:** Industriepolitische Förderung muss konsequent dem Prinzip „Made with Europe" folgen und Innovation, Resilienz sowie Wettbewerbsfähigkeit in Europa stärken.
- **Öffentliche Beschaffung strategisch für europäische Wertschöpfung nutzen:** Mit rund 15 Prozent des europäischen BIP ist sie ein zentraler industriepolitischer Hebel. Der Public Procurement Act (PPA) sollte grenzüberschreitende Beteiligungen erleichtern, Qualität und Lebenszykluskosten stärker berücksichtigen und maßvolle, objektive europäische Präferenzregeln ermöglichen. Die Kriterien sollten dabei eng mit dem Industrial Accelerator Act verzahnt werden.
- **Der Industrial Accelerator Act setzt an den richtigen Hebeln an:** Öffentliche Beschaffung, Investitionsanreize und Förderprogramme müssen gezielt dazu beitragen, industrielle Wertschöpfung in Europa aufzubauen und langfristig zu sichern.
- **„Made with Europe" darf sich nicht nur am Endprodukt orientieren:** Entscheidend sind auch die Komponenten und Vorprodukte. Sie enthalten den Kern der technologischen Innovationen, von Elektronik und Sensorik über Batterien bis zu Software sowie Künstlicher Intelligenz und bestimmen damit über industrielle Souveränität und Wertschöpfung.
- **Erste Ansätze gibt es bereits:** So sollen beispielsweise bei der BEG-Heizungsförderung künftig europäische Wertschöpfungsanteile berücksichtigt werden. Dieses Prinzip sollte auf weitere Förder- und Beschaffungsinstrumente übertragen werden.

5 Rahmenbedingungen in der Infrastruktur schaffen

Elektrifizierung durch den EU-Electrification Action Plan beschleunigen

- **Elektrifizierung ist der Schlüssel für ein wettbewerbsfähiges Energiesystem der Zukunft:** Strom wird zum zentralen Energieträger für Klimaschutz, Energieeffizienz und geopolitische Resilienz.
- **Deutschland verliert beim Elektrifizierungstempo an Boden:** Der Stromanteil am Endenergieverbrauch liegt seit Jahren bei rund 20 Prozent – China hat diesen Anteil bereits auf rund 30 Prozent gesteigert.
- **Der EU-Electrification Action Plan setzt an den richtigen Hebeln an:** Stromkosten senken, Elektrifizierung beschleunigen und Netzinfrastruktur effizienter nutzen – diese drei Säulen sind entscheidend, um den industriellen Wandel zu ermöglichen.
- **Elektrifizierung muss zur zentralen Industrie- und Standortstrategie werden:** Strombasierte Technologien brauchen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, damit Investitionen und Wertschöpfung in Europa stattfinden.

Strompreise international wettbewerbsfähig gestalten

- Elektrifizierung gelingt nur, wenn Strom gegenüber fossilen Energieträgern bei Steuern, Abgaben und Umlagen endlich wettbewerbsfähig gestellt wird.
- **Das Verhältnis von Strom- zu Gaspreisen muss deutlich verbessert werden:** Der von der EU vorgeschlagene Zielkorridor von maximal 2:1 für die Industrie und 2,5:1 für Haushalte bis 2030 setzt dafür den richtigen Rahmen.
- **Die Bundesregierung muss jetzt handeln:** Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Stromsteuer für alle Verbrauchergruppen auf den europäischen Mindestsatz muss zügig umgesetzt werden. Ziel muss eine Entlastung von mindestens 5 ct/kWh sein.

Netzausbau zum Standortprojekt machen

- **Mehr Effizienz im Netzsystem ist richtig – weniger Ausbau ist der falsche Weg:** Die geplante bessere Synchronisierung von Erzeugung, Verbrauch, Speichern und Netzen sowie die Abkehr vom starren Redispatch-Vorbehalt sind wichtige Schritte. Entscheidend bleibt aber: Deutschland braucht mehr Netzausbau und Digitalisierung – keine Drosselung beim Ausbau von Erneuerbaren, Speichern und Netzen.
- **Netzanschlüsse werden zum Flaschenhals der Elektrifizierung:** Einheitliche, digitale Verfahren, transparente Kapazitätsdaten und eine gemeinsame Plattform für Netzanschlüsse müssen den Flickenteppich unterschiedlicher Prozesse der Netzbetreiber ersetzen.
- **Vorhandene Netzkapazitäten besser nutzen:** Flexible Anschlussvereinbarungen und Konzepte wie die gemeinsame Nutzung von Netzanschlüssen durch Erzeuger, Speicher und Verbraucher können die Netzauslastung erhöhen und den Ausbau effizienter machen. Gleichzeitig müssen Netzbetreiber dazu angehalten werden, Engpässe durch Netzdigitalisierung, Netzertüchtigung und Netzausbau zügig aufzulösen.
- **Keine Energiewende ohne Smart Meter:** Wer mehr Flexibilität, weniger Netzkosten und eine bessere Integration von Erneuerbaren will, braucht intelligente Messsysteme. Der eingeschlagene Rolloutpfad muss deshalb konsequent beschleunigt werden. Zusätzliche Parallelstrukturen wie ein „Smart Meter Light" schaffen neue Komplexität, höhere Kosten und verzögern die Digitalisierung des Energiesystems.

Der ZVEI vertritt die gemeinsamen Interessen der Elektro- und Digitalindustrie und der zugehörigen Dienstleistungsunternehmen in Deutschland und auf internationaler Ebene. Der Verband zählt mehr als 1.100 Mitgliedsunternehmen. Ende 2025 beschäftigte die Branche 873.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Inland. Sie ist damit die zweitgrößte Industriebranche in Deutschland. Der Umsatz lag 2025 bei 225 Milliarden Euro. Die Elektro- und Digitalindustrie ist einer der innovativsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Jährlich wendet die Branche 14 Milliarden Euro für F&E und mehr als neun Milliarden Euro für Investitionen auf.

Impressum

Herausgeber:
ZVEI e. V.
Verband der Elektro- und Digitalindustrie
Amelia-Mary-Earhart-Straße 12
60549 Frankfurt am Main
www.zvei.org

vertreten durch: Präsident: Daniel Hager
Geschäftsführung: Dr. Wolfgang Weber (Vorsitz), Sarah Bäumchen
Vereinsregister: Amtsgericht Frankfurt am Main VR 4154
Lobbyregisternr.: R002101 • EU Transparenzregister ID: 94770746469-09

Stand: Oktober 2026